



Thüringen ein Jahr rot-rot-grün regiert

In den ersten 12 Monaten hat Rot-Rot-Grün in Thüringen bereits viel erreicht. Ich will nur einige Beispiele nennen: Wir stellen mehr Lehrer ein, wir haben über das Bildungsfreistellungsgesetz zusätzliche Bildungsmöglichkeiten für die Beschäftigten eröffnet, wir schaffen über einen öffentlichen Beschäftigungssektor Stellen für Langzeiterwerbslose, wir haben den Tag der Befreiung vom deutschen Faschismus zum staatlichen Gedenktag gemacht, wir haben den Thüringer Geheimdienst in seinen Befugnissen beschnitten und können ihn stärker kontrollieren, wir haben das kommunale Wahlalter auf 16 Jahre gesenkt, wir haben die Selbstbedienungsmöglichkeiten für Fraktionen eingeschränkt, wir haben die weitere Aufklärung in Sachen Rechtsterrorismus und Staatsversagen mit dem neuen NSU-Untersuchungsausschuss auf den Weg gebracht.

Die Stimme der LINKEN ist auch bundesweit deutlich zu hören. Gerade angesichts der Debatten um die Flüchtlingspolitik ist es gut tuend, zwischen politischen Scharfmachern à la Seehofer, de Maizière oder Höcke auch Vertreter der Thüringer Landesregierung mit dem Kurs einer menschenrechtsorientierten und humanitären Flüchtlingspolitik zu hören.

Susanne Hennig-Wellisow,
Vorsitzende der LINKE-Fraktion

Thüringen senkt Wahlalter auf 16 bei Kommunalwahlen

Mit Beschluss des Thüringer Landtags am 25. November hat Thüringen das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre gesenkt. Dazu erklärte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellisow: „Rot-Rot-Grün macht Ernst mit demokratischer Beteiligung Jugendlicher. Die Gewährung des aktiven Wahlrechts ab 16 Jahren eröffnet ihnen endlich die Möglichkeit, über ihre Belange mitzuentcheiden, und ist auch ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu mehr Demokratie und Bürgerbeteiligung.“

Bei den 2016 anstehenden Wahlen der ehrenamtlichen Bürgermeister in den Thüringer Gemeinden wird für 16- und 17-Jährige nunmehr erstmalig die Möglichkeit bestehen, für einen Kandidaten oder eine Kandidatin die Stimme abzugeben. Damit wird den gesellschaftlichen Realitäten Rechnung getragen, dass jungen Menschen ab 16 Jahren zunehmend mehr Verantwortung abverlangt wird und ihnen daher auch entsprechende Mitbestimmungsrechte zustehen.

„Es ist widersinnig, wenn man Jugendliche für ausreichend mündig hält, strafrechtlich verantwortlich zu sein, Alkohol zu konsumieren oder einen Führerschein zu machen, ihnen aber die Teilhabe an Meinungsbildungsprozessen verwehrt – gerade

auch bei Themen, die sie direkt betreffen, wie Bildung und Kultur“, betonte Susanne Hennig-Wellisow. „Es gehört doch zu den Grundvoraussetzungen einer demokratischen Gesellschaft, dass alle Menschen an gesellschaftlichen Prozessen teilhaben können.“ Effektiv mitwirken könne aber nur, wer auch das Wahlrecht habe.

Aktive Teilhabe auch über das Wahlrecht hinaus

Mit dem Landtagsbeschluss der rot-rot-grünen Koalition werden die Jugendlichen volljährigen Bürgern gleichgestellt und erhalten auch alle damit verbundenen Rechte und Pflichten, wie Beantragung und Unterzeichnung bei Bürgerbegehren, Stimmrecht bei Bürgerentscheiden, Mitwirkung als sachkundige Bürger in Ausschüssen des Gemeinderates und Kreistages, Mitarbeit in Wahlausschuss und Wahlvorstand sowie Mitwirkung bei der Aufstellung von Wahlvorschlägen.

Kati Engel, Sprecherin für Jugendpolitik, erklärte: „Wir wollen die aktive Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an der Gestaltung der Gesellschaft auch über die Gewährung des Wahlrechts hinaus fördern. So plant die Koalition, eine Landesstrategie Mitbestimmung zu erarbeiten, die die Initiativen auf kommunaler und Lan-

desebene zusammenfasst. Kinder- und jugendgerechte Partizipationsstrukturen sollen dadurch ausgebaut und eine dafür nötige Infrastruktur gefördert werden.“

Die für die Absenkung des Wahlalters bei Landtagswahlen nötige Verfassungsänderung ist am Widerstand der CDU-Fraktion gescheitert. „Die CDU hat sich einmal mehr als Demokratieverbinder erwiesen und durch ihre Ablehnung gezeigt, dass sie nicht bereit ist, junge Menschen als eigene Persönlichkeiten ernst zu nehmen, sondern dass sie lieber weiterhin Politik über deren Köpfe hinweg machen möchte“, so Kati Engel (dazu auch unten stehender Beitrag).

Die LINKE-Jugendpolitikerin hatte in der Debatte abschließend betont: „Und Sie, liebe Abgeordnete, haben jetzt die Wahl: Sie können durch ihre Zustimmung zu diesen Gesetz-Entwürfen signalisieren, dass Sie bereit sind, junge Menschen ebenfalls ernst zu nehmen, oder durch Ablehnung weiterhin Politik über deren Köpfe machen. Schlussendlich geht es hier nämlich darum, dass eine Minderheit im Land ein Gesetz verhindert, welches Thüringen demokratischer macht. Denn eine Absenkung des Wahlalters ermöglicht mehr Menschen die Teilhabe an der politischen Willensbildung und ist ein wichtiger Schritt zu mehr Gerechtigkeit im Land.“ ■

„Das ist genau der Grund, warum Sie Mitglied der CDU sind und ich bei der LINKEN“

Aus der Rede von Kati Engel in der Plenardebatte zur Absenkung des Wahlalters:

„Grundsätzlich gilt, dass in der Debatte um die Absenkung des Wahlalters an die 16- und 17-Jährigen Anforderungen gestellt werden, die bei allen anderen Wählergruppen keine Relevanz für den Zugang zur Wahl haben. Das haben auch alle Jugendverbände, die zur Anhörung eingeladen waren, so erkannt und kritisiert. Alle, bis auf einen. Der einzige Jugendverband, der sich gegen eine Absenkung des Wahlalters aussprach, war die Junge Union (JU) Thüringen. Sie ist u. a. der Auffassung, dass unterschiedliche Wahlalter bei den verschiedenen Wahlen [...] den Eindruck vermitteln, dass Kommunalwahlen minderwertiger als Landtagswahlen seien.

Hierzu sei erklärt, dass die Junge Union davon ausgeht, dass wir heute nur das Wahlalter für die Kommunalwahl senken. Für eine Änderung des



Wahlalters auf Landesebene bräuchten wir nämlich eine 2/3-Mehrheit – also auch die Stimmen der CDU –, da wir dazu die Verfassung ändern müssen. Bei diesem Argument verstehe ich zwei Dinge nicht: 1. Warum wird eine Wahl minderwertiger, an welcher mehr Leute beteiligt sind? Ist es dann nicht so, dass die andere Wahl, welche von vornherein Menschen ausschließt, die minderwertigere Wahl ist, da diese undemokratischer ist? 2. Wenn Sie, liebe CDU, ein Pro-

blem damit haben, dass durch verschiedene Mindestwahlalter auf Landes- und Kommunalebene verschiedene Wertigkeiten der Wahlen entstehen, dann stimmen Sie doch einfach der Absenkung des Wahlalters auf Landesebene zu.

Alles in allem ist die Stellungnahme der Jungen Union Thüringen sowieso ein bisschen seltsam, denn 2010 gab es schon mal eine öffentliche Anhörung zur Absenkung des Wahlalters. Die Grünen brachten einen Gesetzesentwurf ein, um das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre zu senken. Damals stand die Junge Union Thüringen noch 'etwaigen Änderungen, wie der Absenkung des Wahlalters bei Kommunalwahlen, offen gegenüber [...]'. Denn damals vertrat die Junge Union die Auffassung, 'dass auch 16-jährige durchaus die politische Reife besitzen, verantwortungsvoll mit ihrem Stimmrecht umzugehen [...]'. Das Interesse an Politik und demokratischen Prozessen eines 16-

jährigen JU-Mitgliedes unterscheidet sich mitunter kaum von dem eines 18-jährigen Mitgliedes'. Nachzulesen in einer Stellungnahme der Jungen Union Thüringen, die am 7. Juni 2010 im Thüringer Landtag einging. Und sie werden es kaum glauben, wer genau in dieser Zeit führende Positionen in der Jungen Union Thüringen innehatte: der jetzige Abgeordnete Dr. Mario Voigt als damaliger Landesvorsitzender und der heutige Abgeordnete Stefan Gruhner als sein 1. Stellvertreter. Da frag ich mich doch, wie man innerhalb von nur fünf Jahren vergessen kann, wofür man sich eingesetzt hat, meine Herren?

Übrigens: die damalige Stellungnahme der Linksjugend [solid] Thüringen wurde unterzeichnet von einer Kati Grund. Bei mir hat sich im Gegensatz zu Ihnen nicht die Auffassung, sondern nur der Nachname geändert. Aber vielleicht ist das genau der Grund warum Sie Mitglied der CDU sind und ich bei der LINKEN.“ ■